

ARNDT SINN*

Begriff und Erscheinungsformen des Vorsatzes

I. Einleitung

Am 1. Februar 2016 lieferten sich zwei Männer mit ihren Sportwagen auf dem Ku'damm in Berlin spontan ein Rennen. Sie ignorierten mindestens elf rote Ampeln, bis schließlich an einer Kreuzung kurz vor dem Kaufhaus KaDeWe einer der Beteiligten mit 160 Stundenkilometern einen Jeep rammte, der 72 Meter weit geschleudert wurde. Der 69 Jahre alte Fahrer starb noch im Auto. Das Landgericht sprach die beiden Fahrer des Mordes für schuldig und verurteilte sie zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Die Angeklagten hätten gewusst, was ihr Verhalten für eine Auswirkung auf andere Verkehrsteilnehmer haben könnte und sie hätten diese möglichen Folgen bewusst billigend in Kauf genommen, d.h. sie hätten sich mit dem Tod anderer Verkehrsteilnehmer abgefunden.

Damit stützt das LG Berlin seine Entscheidung¹ auf den *dolus eventualis*. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der Fall erregte bundesweit aufsehen und er ist möglicherweise der Anlass dafür, dass Rechtsgeschichte in einem der dunkelsten Bereiche der deutschen Strafrechtswissenschaft geschrieben wird: dem Bereich des Vorsatzes – konkreter: dem Bereich des *dolus eventualis*.

Wenn von einem der dunkelsten Bereiche der Strafrechtswissenschaft gesprochen wird, so bedeutet das natürlich nicht, dass dieses Kapitel unerforscht wäre, es keine Vorschläge zur Klärung des Vorsatzbegriffes und seiner Erscheinungsformen gäbe und auch die Rechtsprechung orientierungslos umherirren würde. Ganz im Gegenteil, gerade zur Abgrenzung von *dolus eventualis* und bewusster Fahrlässigkeit haben sich zahlreiche Theorien herausgebildet² und auch in der Rechtsprechung mangelt es nicht an Fällen, die es sogar zu „leading cases“ in den Lehrbüchern zum Allgemeinen Teil geschafft haben. Vielmehr ist es deshalb so dunkel, weil der Vorsatz *etwas* ist, das im Verborgenen liegt, im inneren einer Person gebildet wird und sich deshalb in der Natur der Sache liegend einer äußeren Beschau entzieht. Das zeigt sich übrigens auch am Umfang der Bearbeitung in den großen Lehrbüchern zum AT: Der Platz, der dort der Vorsatzdogmatik eingeräumt wird, ist im Vergleich zum Umfang der Merkmale des objektiven Tatbestandes wesentlich geringer.

* Universitätsprofessor, Universität Osnabrück

¹ LG Berlin, Urt. v. 27.02.2017 – Az.: 535 Ks 8/16.

² Vgl. bspw. den Überblick bei KÜHL, KRISTIAN: *Strafrecht AT 8. Auflage*. München, 2017. § 5 Rn. 43–89.

Wenn wir über den Vorsatz im Zusammenhang mit dem Strafrecht sprechen, dann geht es um eine normative Größe, denn es gibt keinen direkten Zugang zum inneren Phänomen des Vorsatzes.³ Und trotz dieser Schwierigkeiten ist dieses „etwas“ der Dreh- und Angelpunkt des Strafrechts, ja der Legitimation der Strafe beim Vorsatzdelikt überhaupt, wie sonst wollte man die Strafbarkeit des untauglichen Versuchs begründen, wenn nicht über den Tatentschluss, mit dem der Täter zum Ausdruck bringt, dass die Norm für ihn nicht gilt und er den Rechtsfrieden stört: „Der Vorsatz ist Hauptbestandteil des personalen Unwerts der vorsätzlich begangenen strafbaren Handlung.“⁴

In diesem Beitrag, den ich in Verehrung und Freundschaft dem Jubilar Ferenc Nagy widme, werde ich zunächst den Stand in Wissenschaft und Rechtsprechung zum Begriff des Vorsatzes und den Erscheinungsformen kurz vorstellen (II.), um danach den Merkmalen des Vorsatzes (III.) auf den Grund zu gehen. Ich werde zeigen, dass der *dolus eventualis* die problematischste Erscheinungsform des Vorsatzes ist (IV.), um am Schluss den Berliner Raser-Fall einer kurzen Lösung zuzuführen (V.).

II. Der Stand der Wissenschaft und Rechtsprechung zum Begriff des Vorsatzes und seinen Erscheinungsformen

In Wissenschaft und Rechtsprechung hat sich durchgesetzt, von Vorsatz dann zu sprechen, wenn der Täter „mit Wissen und Wollen hinsichtlich der Verwirklichung der objektiven Elemente der Tatbestandsmäßigkeit handelt“.⁵ Das Wissen (*cognitives Element*) und das Wollen (*voluntatives Element*) sind also die beiden tragenden Merkmale des Vorsatzbegriffes.

Abhängig von der Intensität der beiden Vorsatzelemente unterscheidet man drei Arten des Vorsatzes:

1. den *dolus directus* 1. Grades – die Absicht,
2. den *dolus directus* 2. Grades und
3. den *dolus eventualis*.

Bei der Absicht – dem *dolus directus* 1. Grades – dominiert das *voluntative Element*. Dem Täter kommt es auf den Erfolgseintritt als Ziel seines Handelns an. Demgegenüber schwach darf die Wissensseite sein: Es genügt die Kenntnis, dass der Erfolg möglicherweise aufgrund des eigenen Handelns eintreten wird.⁶

Beim *dolus directus* 2. Grades dominiert die kognitive Komponente des Vorsatzes – das Wissen. Der Täter kennt die Folgen seines Verhaltens. Die Willensseite wird bei sicherer Kenntnis angenommen, ohne dass dies besonderer Diskussion bedürfte.⁷

³ KÜHL 2017, § 5 Rn. 88.

⁴ GROPP, WALTER: *Strafrecht AT 4. Auflage*. Berlin, u. a. 2015., § 4 Rn. 116.

⁵ GROPP 2015, § 4 Rn. 116; LACKNER, KARL – KÜHL, KRISTIAN: *Strafgesetzbuch Kommentar*. 28. Auflage. München, 2014. § 15 Rn. 3; KÜHL 2017, § 5 Rn. 6; ROXIN, CLAUDIUS: *Strafrecht Allgemeiner Teil Band I. 4. Auflage*. München, 2006. § 12 Rn. 4; FISCHER, THOMAS: StGB. 64. Auflage. München, 2017. § 15 Rn. 3.

⁶ GROPP 2015, § 4 Rn. 159; KÜHL 2017, § 5 Rn. 36.

⁷ GROPP 2015, § 4 Rn. 169; KÜHL 2017, § 5 Rn. 38; FISCHER 2017, § 15 Rn. 7.

Bei der als *dolus eventualis* bezeichneten Vorsatzform hält der Täter den Eintritt des tatbestandsmäßigen Erfolges als Folge seines Handelns nicht für sicher, sondern nur für eventuell eintretend. Dem Täter fehlt also die sichere Kenntnis der Folgen seiner aktualisierten Handlungsmacht – die Wissensseite ist also weniger stark ausgebildet, als beim *dolus directus* 2. Grades. Außerdem erstrebt der Täter den Erfolg nicht – die Willensseite ist also schwächer als bei der Absicht, dem *dolus directus* 1. Grades ausgeprägt.⁸ Da beim *dolus eventualis* weder das Wissens- noch das Willenselement voll ausgeprägt sind, schrumpfen die Komponenten des Vorsatzes quantitativ auf ein Mindestmaß zusammen, was eine Unterscheidung zur bewussten Fahrlässigkeit kaum möglich macht.⁹ Von letzterer spricht man dann, wenn der Täter *ernsthaft* auf das Ausbleiben des Erfolges *vertraut* und nicht bloß vage hofft, seine aktualisierte Handlungsmacht werde nicht zu einer Rechtsgutsverletzung führen.

Zwar hindert ein *verdünntes Willenselement*¹⁰ beim *dolus directus* 1. Grades nicht die Annahme des Vorsatzes, allerdings wird dies durch das stark ausgeprägte Willenselement kompensiert. An einer derartigen Kompensation fehlt es jedoch beim Eventualvorsatz, sodass die Bestimmung des *dolus eventualis* als Vorsatzart einer Begründung bedarf (s. u. IV.).

Genau genommen ist der den Erfolg anstrebende Wille nur bei der Absicht unmittelbarer Bestandteil des Vorsatzes. Beim direkten Vorsatz sowie beim bedingten Vorsatz strebt der Täter den Erfolg gerade nicht an. Allerdings weiß der Täter, dass der Erfolg notwendiger- oder möglicherweise mit dem willentlichen *Handlungsvollzug* verbunden ist.¹¹

Mit dieser kurzen Bestandsaufnahme zu den Komponenten und Arten des Vorsatzes kann man es aber nicht bewenden lassen, denn es fehlt noch eine Begründung dafür, warum der Vorsatz aus den genannten Elementen „Wissen“ und „Wollen“ besteht.

III. Die Merkmale des Vorsatzes

Das Strafgesetzbuch enthält nur wenige Hinweise auf die genannten Merkmale des Vorsatzes; eine Legaldefinition enthält es – anders als in anderen Rechtsordnungen¹² – nicht.

⁸ KÜHL 2017, § 5 Rn. 43; WESSELS, JOHANNES – BEULKE, WERNER – SATZGER, HELMUT: *Strafrecht Allgemeiner Teil*, 46. Auflage, Heidelberg, 2016, § 7 Rn. 322.

⁹ ROXIN 2006, § 12 Rn. 4.

¹⁰ KÜHL 2017, § 5 Rn. 43.

¹¹ Vgl. JESCHECK, HANS-HEINRICH: *Lehrbuch des Strafrechts*, 4. Auflage, Berlin, 1988, S. 268. f.

¹² Vgl. § 5 öStGB:

- (1) Vorsätzlich handelt, wer einen Sachverhalt verwirklichen will, der einem gesetzlichen Tatbild entspricht; dazu genügt es, daß der Täter diese Verwirklichung ernstlich für möglich hält und sich mit ihr abfindet.
- (2) Der Täter handelt absichtlich, wenn es ihm darauf ankommt, den Umstand oder Erfolg zu verwirklichen, für den das Gesetz absichtliches Handeln voraussetzt.
- (3) Der Täter handelt wissentlich, wenn er den Umstand oder Erfolg, für den das Gesetz Wissentlichkeit voraussetzt, nicht bloß für möglich hält, sondern sein Vorliegen oder Eintreten für gewiss hält.

Vgl. Art. 43 iStGB:

Das Verbrechen ist: Vorsätzlich oder absichtlich, wenn der schädigende oder gefährliche Erfolg, der das Ergebnis der Handlung oder Unterlassung ist und von dem das Gesetz die Strafbarkeit abhängig macht, vom Tä-

In der Regel wird die subjektive Tatseite in den Straftatbeständen des Besonderen Teil nicht erwähnt. § 15 StGB stellt nur klar, dass fahrlässiges Handeln nur dann strafbar ist, wenn das Gesetz es ausdrücklich mit Strafe bedroht und alle Delikte im Besonderen Teil des StGB, die nicht ausdrücklich fahrlässiges Verhalten beschreiben, den Vorsatz des Täters als Strafbarkeitsvoraussetzung verlangen. In alle Nichtfahrlässigkeitstatbestände muss also das Vorsatzerfordernis hineingelesen werden.¹³ Immerhin finden wir aber in den §§ 16 und 17 StGB Wegweisungen zum Wissenselement des Vorsatzes: § 16 StGB befasst sich mit der Kehrseite des Vorsatzes, also mit dem Irrtum über Umstände, die zum gesetzlichen Tatbestand gehören. Indem die Unkenntnis der zum gesetzlichen Tatbestand gehörenden Umstände den Vorsatz ausschließt (§ 16 S. 1 StGB), ergibt sich aus einem Umkehrschluss, dass vorsätzlich nur derjenige handelt, der die Umstände kennt, die das Unrecht der Tat typisieren.

Aus § 17 StGB ergibt sich des Weiteren, dass das Merkmal der Widerrechtlichkeit nicht Gegenstand des Vorsatzes sein kann, da der Verbotsirrtum den Vorsatz des Täters unberührt lässt. Das ist die bekannte Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein. Dem Gesetz lässt sich also zumindest die Unverzichtbarkeit des kognitiven bzw. intellektuellen Elements – des Wissens – entnehmen.¹⁴ Ob darüber hinaus für den Vorsatz ein weiteres Element erforderlich ist und worin dieses zu erblicken ist, folgt hieraus jedoch nicht (vgl. dazu III. 2.).

1. Das Wissen (kognitives Element)

Zunächst zur Bedeutung der Wissenskomponente: Nicht nur aus gesetzespositivistischer Perspektive, sondern auch aus strafrechtstheoretischer Sicht gehört das „Wissen“ in das Zentrum des Vorsatzbegriffes. Die in den strafrechtlichen Tatbeständen dargestellten Verhaltensweisen beschreiben abstrakt den Machtgebrauch einer Person. Generell ist es jeder Person möglich, bestimmte friedensstörenden Verhaltensweisen auszuführen, die wegen ihrer besonderen Schädlichkeit unter Strafe stehen. Auf Grund bestimmter Machtquellen ist man in der Lage, bestimmte Tatbestände zu verwirklichen. In der Regel führt die Aktualisierung dieser Quellen, vorausgesetzt, dass in diesem speziellen Tatbestand geschilderte Verhalten damit erfüllt werden, zur Tatbestandsverwirklichung und unter weiteren Voraussetzungen zum strafbaren Machtmissbrauch. Einer dieser weiteren Voraussetzungen des Machtmissbrauchs ist die Machtgrundlage „Wissen“. Beim Vorsatzdelikt behandelt das „Wissen“ die Folgenkenntnis aktualisierte Handlungsmacht. Nur derjenige gestaltet motivgeleitet ein Machtverhältnis gesellschaftsplanwidrig nach seinen eigenen Vorstellungen, der sich der Folgen seiner Machthandlung bewusst ist. Das setzt voraus, dass das tatbestandsmäßige Verhalten überhaupt erkannt wird. Außerdem muss der Täter die Kenntnis erlangt haben oder erlangt haben

ter als Folge seiner Handlung oder Unterlassung vorausgesehen und gewollt ist (...). Zitiert nach JARVERS. In: Sieber – Cornils: Nationales Strafrecht in rechtsvergleichender Darstellung. AT, Tb. 3, Freiburg, 2008, S. 696.

¹³ KÜHL 2017, § 5 Rn. 2.

¹⁴ KÜHL 2017, § 5 Rn. 8.

können, dass er das Recht brechen wird.¹⁵ Eine Person, die kraft ihres Wissens die Folgen eigener Handlungsmacht als unrechtes Verhalten erkennen kann ist auch normativ ansprechbar, nicht machtmisbräuchlich tätig zu werden.¹⁶ Insbesondere *Hegels* Zurechnungslehre zeigt, dass die Machtgrundlage „Wissen“ bei der Erörterung der Freiheit des Subjekts eine bedeutende Rolle spielt.¹⁷ Erst das „Wissen“ ermöglicht Freiheit und deshalb kann der Täter an seiner Entscheidung festgehalten werden. So hebt auch *Jakobs* diesen Zusammenhang zwischen Wissen und der Handlungsmacht ausdrücklich hervor: „Vorsatz und Fahrlässigkeit grenzen sich nach dem Wissen des Täters von seiner Macht ab, (...).“¹⁸ Ganz ähnlich stellt auch *Frisch* in seiner Vorsatzkonzeption die Verbindung von Macht, Wissen und dem Handeln des Täters her: „Das Wissen um das Handeln in seinen relevanten Dimensionen begründet erhöhte Vermeidemacht.“ Die hervorragende Bedeutung des „Wissens“ wurde bereits bei der in hegelianischer Rechtstradition stehenden Zurechnungslehre von *Larenz* angedeutet.¹⁹ Verbrechensdogmatisch sind es nach *Larenz* zwei Momente, welche die ‚Kausalität des Willens‘ möglich machen:

„Die Fähigkeit des Subjekts, einen Kausalverlauf vorzusehen, die Wirkung bestimmter Ursachen zu erkennen: das Moment des Wissens, der Voraussicht; und die Fähigkeit, auf Grund solcher Erkenntnis selbst in den Kausalverlauf einzugreifen, selbst Ursache zu werden, um dadurch dem Kausalverlaufe die gewünschte Richtung zu geben: das Moment der Ursächlichkeit des Willens. Beide Momente zusammen ergeben den Begriff des Urhebers, als desjenigen, der mit Bewusstsein und Möglichkeit der Voraussicht Ursache eines Erfolges wird.“²⁰

Larenz zeigt damit deutlich, dass die Grundlage und der Ausgangspunkt der Zurechnung das „Wissen“, die „Voraussicht“ bzw. die „Folgenkenntnis“ des Täters über den Kausalverlauf ist. Das „Wissen“ und die damit verbundene Mächtigkeit des Täters wird so zum Dreh- und Angelpunkt seines Zurechnungsmodells:

„Je weiter aber die Voraussicht eines Menschen reicht, je größer seine Fähigkeit ist, Kausalzusammenhänge zu übersehen, Ursachen auf ihre ferneren Wirkungen hin zu beurteilen, um so fernere Zwecke kann er sich setzen, um so weiter reicht seine Macht. (...) Es ergibt sich daraus, dass alle diejenigen Folgen einer Handlung als Tat zugerechnet werden müssen, die vom Handelnden als solche vorausgesehen waren, deren er sich bewusst war.“²¹

Auch *Larenz* setzt also der Mächtigkeit des Täters das „Wissen“ als Grundlage der Zurechnung voraus.

Die Bedeutung des Wissens im Vorsatzbegriff dürfte nun klar geworden sein. Aber woher kommt das voluntative Element: die Willenskomponente?

¹⁵ Vgl. näher zur machttheoretischen Fundierung SINN, ARNDT: *Straffreistellung aufgrund von Drittverhalten*. Tübingen, Gießen, 2007. zugl.: Gießen, Univ., Habil.-Schr., 2006.

¹⁶ SINN 2007, S. 297. ff.

¹⁷ Vgl. dazu SINN 2007, S. 297.

¹⁸ JAKOBS, GÜNTHER: *Studien zum fahrlässigen Erfolgsdelikt*. zugl.: Habil.-Schr., Univ., Bonn, 1972.; Berlin 1972. S. 119.

¹⁹ Vgl. dazu SINN 2007, S. 211. ff., S. 214.; vgl. auch FRISCH, WOLFGANG: *Vorsatz und Risiko*. Köln, 1983. S. 103.

²⁰ LARENZ, KARL: *Hegels Zurechnungslehre und der Begriff der objektiven Zurechnung*. Leipzig, 1927. S. 75.

²¹ LARENZ 1927, S. 76.; vgl. dazu HÜBNER, CHRISTOPH: *Die Entwicklung der objektiven Zurechnung*. zugl.: Diss., Univ., FU Berlin, Berlin, 2004. S. 46. ff.

2. Das Wollen (voluntatives Element)

Das Gesetz schweigt dazu, weshalb auch behauptet wird, dass die Willenskomponente gänzlich verzichtbar sei. Das Schweigen des Gesetzgebers sei „beredtes Schweigen“.²²

Die Argumente für und gegen diese Ansicht sollen hier nicht aufgezählt werden, denn diese führen auf der Suche nach dem Willenselement nicht voran. Denn selbst Vertreter der Ansicht²³, die ein Willenselement aus dem *dolus eventualis* eliminieren wollen, werden nicht in Abrede stellen, dass es einen Willen zum *Handlungsvollzug* gibt. Denn dem Vorsatzdelikt ist eigen, dass der Täter in Kenntnis der Folgen eigenen Verhaltens eine *Entscheidung* für das Unrecht trifft.

„Der Vorsatztäter trifft eine ihm infolge seiner Informiertheit persönlich zurechenbare Fehlentscheidung gegen das vom jeweiligen Straftatbestand geschützte Rechtsgut bzw. eine Entscheidung für die tatbestandlich umschriebene Rechtsgutsverletzung“,²⁴ so formuliert es Kühl in seinem Lehrbuch zum Allgemeinen Teil.

Es ist genau dieses Entscheidungsmoment, das den Vorsatz- vom Fahrlässigkeits-täter unterscheidet. Menschen treffen Entscheidungen aufgrund einer Tatsachengrundlage. Je dichter die Tatsachengrundlage ist, je mehr Kenntnis und Wissen Personen hinsichtlich der Folgen aktualisierter Handlungsmacht haben, desto abgesicherter ist die Grundlage für die Entscheidung. Kurz und knapp: Wer weiß, welche tatbestandlich relevanten Folgen das eigene Verhalten haben kann und dennoch handelt, der entscheidet sich auch für die tatbestandlich umschriebene Rechtsgutsverletzung bzw. motiviert sich nicht zu gegenteiligem Verhalten. Es ist die auf Kenntnis von Tatsachen basierte fehlerhafte Einstellung des Täters zur Norm. Daraus folgt, dass der Vorsatz auch vom Willen getragen ist. Dieses Wollen ist ein gestaltendes Element. Es leitet sich aus der Kenntnis ab, andernfalls es kein personales vorsätzliches Unrecht geben könnte. Darin unterscheidet sich diese Konzeption auch von der o.g. Kurzformel vom Vorsatz, die suggeriert, dass das Wollen selbstständiges Element neben dem Wissen sei. Der Vorteil der hier vorgetragenen Konzeption liegt in Folgendem: Die voluntative Seite des Vorsatzes wird aus dem Wissen abgeleitet. Was man wissen kann, ist einer objektiven Betrachtung zugänglich.

Die Kunst besteht nun darin, das Unrecht des vorsätzlichen Delikts vom Unrecht eines fahrlässigen Delikts abzugrenzen. Hier zur Abgrenzung das voluntative – also das Willenselement – heranzuziehen ist das große Problem beim *dolus eventualis*.

²² BOTTKE, WILFRIED: *Rechtsfragen beim ungeschützten Geschlechtsverkehr eines HIV-Infizierten*. AIFO, 1989. S. 468., S. 472.; a.A. HILLENKAMP, THOMAS: *Rezension zu Schünemann/Pfeiffer, Die Rechtsprobleme von AIDS*. GA 1989, S. 324. (326.); KÜHL 2017, § 5 Rn. 10.

²³ PUPPE, INGEBORG: *Der Vorstellungsinhalt des dolus eventualis*. ZStW 103 (1991), 141; BLOY, RENÉ: *Funktion und Elemente des subjektiven Tatbestandes im Deliktsaufbau*. JuS 1989, L 3; SCHMIDHÄUSER, EBERHARD: *Vorsatzbegriff und Begriffsjurisprudenz im Strafrecht*. Tübingen, 1968. S. 14., S. 20. f., S. 37.; FRISCH, 1983. S. 255.; HERZBERG, ROLF: *Die Abgrenzung von Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit – ein Problem des objektiven Tatbestandes*. JuS 1986, S. 249. ff.; HERZBERG, ROLF: *Bedingter Vorsatz und objektive Zurechnung beim Geschlechtsverkehr des Aids-Infizierten – AG München*. NJW 1987, S. 2314., JuS 1987, S. 777., S. 781. ff.; HERZBERG, ROLF: *Das Wollen beim Vorsatzdelikt und dessen Unterscheidung von bewusst fahrlässigem Verhalten. Teil 1 und 2*. JZ 1988, S. 573. ff., S. 635. ff.

²⁴ KÜHL 2017, § 5 Rn. 11.

Hier sind wir nun endlich bei dem entscheidenden Punkt angelangt: was unterscheidet einen Vorsatztäter von einem Fahrlässigkeitstäter, und kann man beide Formen über die voluntative Komponente voneinander abgrenzen?

Dieser Streit ist bis heute nicht geklärt, obwohl bereits Generationen von Strafrechtswissenschaftlern nach einer „alles klärenden Abgrenzungsformel“ gesucht haben. Dabei ist die Frage nach klaren Abgrenzungskriterien für den Rechtsanwender von elementarer Bedeutung, da die meisten Straftatbestände nur vorsätzlich begreifbar sind und des Weiteren Auswirkungen auf die Regelungen von Täterschaft und Teilnahme und die Strafbarkeit des Versuchs bestehen. Die Grenzziehung zwischen Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit führt insgesamt also zu einer Abstufung des Unrechtsgehalts der Tat²⁵, sodass klare Kriterien zu erarbeiten sind.

IV. Das Problem: der *dolus eventualis*

Seit *Welzel* gilt der *dolus eventualis* und die damit zusammenhängenden Abgrenzungsprobleme zur bewussten Fahrlässigkeit als „eine der schwierigsten und umstrittensten Fragen des Strafrechts“²⁶ überhaupt. In der strafrechtlichen Rechtsprechung und Literatur haben sich – grob eingeteilt – zwei Theorienkomplexe²⁷ herausgebildet.

Auf der einen Seite stehen die sog. *Vorstellungstheorien*, welche eine Abgrenzung im Bereich des Wissens vornehmen, auf der anderen Seite stehen dagegen die sog. *Willenstheorien*, welche auf der Willensebene die Grenze zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit ziehen wollen. Es kommt mir an dieser Stelle nun nicht darauf an, auf die zahlreichen Nuancen innerhalb der vertretenen Meinungsvielfalt einzugehen. Immerhin eint alle Theorien das Festhalten am Wissenselement. Gemeinsam ist den Theorien auch, dass ein voluntatives Element anerkannt wird. Für die Vorstellungstheorien ergibt sich dies jedoch – wie auch nach der hier vertretenen Vorsatzkonzeption – allgemein aus einem personal verstandenen Unrechtsbegriff und insbesondere aus dem Wissen um die Folgen eigenen Verhaltens.²⁸ Sucht man nach einem gemeinsamen Nenner innerhalb der unterschiedlichen kognitiven Ansätze, so lässt sich festhalten, dass ein qualifiziertes Gefährurteil des Täters für den Eventualvorsatz hinreichend ist, weil er sich mit der Ausführung der tatbestandsmäßigen Handlung im Bewusstsein der Gefahr für das tatbestandlich geschützte Rechtsgut gegen dieses entscheidet. Die Erkenntnis einer konkreten Gefahr aufgrund eigenen Verhaltens rechtfertigt, vorsätzliches Verhalten anzunehmen, auch wenn der Täter den Erfolg *nicht* herbeiführen *will*. Das ist kein Widerspruch, den

²⁵ PERRON, WALTER: *Vorüberlegungen zu einer rechtsvergleichenden Untersuchung der Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit*. In: Eser, Albin (Hrsg.): *Festschrift für Haruo Nishihara zum 70. Geburtstag*. Baden-Baden, 1998. S. 145. ff., S. 148.

²⁶ WELZEL, HANS: *Das deutsche Strafrecht*, 11. Aufl. Berlin, 1969. S. 69.

²⁷ Vgl. zum Überblick HILLENKAMP, THOMAS – CORNELIUS, KAI: *32 Probleme aus dem Strafrecht Allgemeiner Teil*, 15. Auflage. München, 2017. S. 1–13.

²⁸ DÖLLING, DIETER – DUTTGE, GUNNAR – KÖNIG, STEFAN – RÖSSNER, DIETER: *Gesamtes Strafrecht*, 4. Aufl. Baden-Baden, 2017. § 15 StGB Rn. S. 19.; KÜPPER, GEORG: *Zum Verhältnis von dolus eventualis, Gefährdungsvorsatz und bewusster Fahrlässigkeit*. ZStW 100 (1988), S. 758., 779.

wie gesehen betrifft das jedem vorsätzlichen Verhalten innewohnende „Wollen“ den Handlungsvollzug. Dass Wollen, das hier angesprochen ist und auf das verzichtet werden soll, betrifft hingegen ein konkretes Erfolgs-Wollen, also eine intellektuelle Einstellung des konkreten Täters zum konkreten Erfolg. Wissen und das aus diesem folgende Wollen sind also durch und durch normativ. Das bedeutet, dass nach dieser Ansicht das Wollen keine *selbstständige* Daseinsberechtigung hat.²⁹

Für die Feststellung des Wissens kommt es darauf an, wie detailliert der Täter die Situation und die zu erwartenden Folgen überblickt.³⁰ Wem bekannt ist, dass seine aktualisierte Handlungsmacht in der tatbestandlich geschilderten Art und Weise zu den dort geschilderten Folgen führen kann, der handelt vorsätzlich. Es geht also um eine verdichtete Tatsachenkenntnis. Dem vorsätzlich Handelnden wird zum Vorwurf gemacht, dass er sich trotz Kenntnis – also der Macht seines Wissens – über die Folgen seiner Handlungsmacht, nicht zum Gegenteil – zu einem gesellschaftsverträglichen Verhalten – motiviert hat. Wem das Wissen fehlt, dem fehlt die Grundlage sich zu einem gegenteiligen Verhalten zu motivieren. Der Vorwurf an ihn lautet dann, dass er sich trotz der *Möglichkeit* der Kenntniserlangung über die Folgen seiner aktualisierten Handlungsmacht nicht anders organisiert (Organisationsdefizit aufgrund mangelnder Wissensverschaffung) hat.

Wer hingegen mit einem Freund „russisches Roulett“³¹ in der Art und Weise spielt, dass man sich den Revolver gegenseitig an den Kopf hält, handelt vorsätzlich, weil die Kenntnis der Folgen aktualisierter Handlungsmacht (Tod des Freundes durch den Schuss) nicht zweifelhaft ist.³² Dass der Erfolg aufgrund einer Wahrscheinlichkeit von 1:5 auch ausbleiben kann und der Täter im Vertrauen darauf handelt, ist für den Vorsatz unerheblich. Das müssen auch die Willenstheorien anerkennen. Sie tun das, indem sie den Willen normativieren (s.u.).

Demgegenüber wird bei den Willenstheorien neben das Wissen eine selbstständige Größe – das Wollen – gestellt. Die Willenstheorien sehen in der Willenskomponente funktional ein Abgrenzungsmerkmal zur bewussten Fahrlässigkeit, das zu diesem

²⁹ SCHMIDHÄUSER, EBERHARD: *Vorsatzbegriff und Begriffsjurisprudenz im Strafrecht*. Tübingen, 1968. S. 8. ff.; SCHMIDHÄUSER, EBERHARD: *Strafrechtlicher Vorsatzbegriff und Alltagssprachgebrauch*. In: Herzberg, Rolf (Hrsg.): FS Oehler. Köln, 1985, S. 135. ff.; KINDHÄUSER, URS: *Der Vorsatz als Zurechnungskriterium*. ZStW 96 (1984), S. 1. ff.; KINDHÄUSER, URS: *Erlaubtes Risiko und Sorgfaltswidrigkeit – Zur Struktur strafrechtlicher Fahrlässigkeitshaftung*. GA 1994, S. 197., S. 203.; HRUSCHKA, JOACHIM: *Über Schwierigkeiten mit dem Beweis des Vorsatzes*. In: Gössel, Karl-Heinz – Kauffmann, Hans (Hrsg.): FS Kleinknecht. München, 1985. S. 191.; SCHUMANN, HERIBERT: *Zur Wiederbelebung des „voluntativen“ Vorsatzelements durch den BGH, JZ 1989*. S. 427. ff.; LANGER, WINRICH: *Strafrechtsdogmatik als Wissenschaft*. GA 1990, S. 435., S. 458.; JAKOBS, GÜNTHER: *Strafrecht – Allgemeiner Teil*, 2. Aufl. Berlin, 1991. Abschn. 8 Rn. 8; AK-StGB/Zielinski, 1990, Neuwied, §§ 15, 16 Rn. 72-80; im Ergebnis auch JOERDEN, JAN C.: *Strukturen des strafrechtlichen Verantwortlichkeitsbegriffs*. zugl.: Habil-Schr., Univ., Erlangen-Nürnberg, Berlin, 1988. S. 150.; einschränkend: KARGL, WALTER: *Der strafrechtliche Vorsatz auf der Basis der kognitiven Handlungstheorie*. Frankfurt a.M., 1993, S. 70.

³⁰ Vgl. JAKOBS 1991, Abschn. 8 Rn. 22.

³¹ Vgl. HERZBERG 1986, 251. S.; Vgl. JAKOBS 1991, Abschn. 8 Rn. 23.

³² Vgl. auch BGH NStZ 2000, 583 f.: „Handelt der Täter in Kenntnis der besonderen Gefährlichkeit seines Tuns und ist er sich (...) des damit verbundenen ‚besonders großen Gefahrenpotentials‘ bewusst, liegt es nahe, dass er die weitere Entwicklung dem Zufall überlässt.“

Zweck psychologisiert wird.³³ Innerhalb dieser Meinungsgruppe ist aber einzig geklärt, dass das Erwünscht sein oder Unerwünscht sein des Erfolges oder vergleichbare emotionale Einstellungen des Täters zum Taterfolge kein taugliches Kriterium zur Bestimmung des Eventualvorsatzes sind.³⁴ Vielmehr orientiert man sich zur Bestimmung des Willens an Formulierungen wie „Ernstnehmen“³⁵ der Möglichkeit des Erfolgseintritts, „Sich-Abfinden“³⁶ bzw. „Hinnehmen“³⁷ des Erfolgseintritts. Könnte man beim Täter einen inneren Prozess der Verarbeitung seines Risikowissens feststellen, so werde dann durch den Handlungsvollzug die Entscheidung des Täters gegen das Rechtsgut und damit sein Wollen materialisiert. Mit der Entscheidung gegen das Rechtsgut stehe dann zugleich fest, dass der Täter sich mit dessen Verletzung abfinde, das heißt, er will den tatbestandsmäßigen Erfolg im Rechtssinne verwirklichen. Wer aber darauf vertraue, dass ein von ihm erkanntes risikobehaftetes Verhalten nicht zum Erfolg führen werde, der kenne zwar das Risiko, er nehme aber die Verletzungsmöglichkeit nicht ernst bzw. findet sich mit dem Erfolg ab. Ein solches Vertrauen auf den guten Ausgang sei dann gerechtfertigt, wenn der Täter davon ausgehe, er könne die konkrete Gefahr im Falle ihres Auftretens noch meistern, er vom Opfer erwartet, dass es der gefährlichen Handlung entkommen werde oder wenn der gute Ausgang den Regelfall bilde. Das Vertrauen entfalle erst dann, wenn der Täter *nur* auf den guten Ausgang *hoffen* kann.³⁸ Bei den Willenstheorien fungiert das voluntative Element außerdem als Korrektiv für eine befürchtete Ausuferung des Vorsatzbegriffes.³⁹

Ausnahmsweise soll der Vorsatz des Täters verneint werden können, wenn er ernsthaft auf einen glücklichen Ausgang seines Verhaltens vertrauen durfte. Hier zeigt sich denn auch das wahre Gesicht der Willenstheorien: Es geht im Kern gar nicht um eine dogmatisch fundierte Abgrenzung, sondern um den Einbau eines „Filters“ in den Fällen, in denen die Vorsatzstrafe als unangemessen hoch erscheint. Demgegenüber lassen die Vorstellungstheorien eine solche Ausnahme nicht zu. Weil der Täter das notwendige Wissen über die Folgen aktualisierter Handlungsmacht erlangt hat, ist seine Entscheidung, dennoch zu handeln, als ein Entschluss gegen das Recht, als willentlicher Rechtsbruch, als vorsätzliches Unrecht aufzufassen.

³³ STERNBERG-LIEBEN/SCHUSTER: § 15 Rn. 80. In: Schönke – Schröder (Hrsg.): StGB, 29. Aufl. 2014; ROXIN 2006, § 12 Rn. 22; WEIGEND, THOMAS, Zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit, ZStW 93 (1981), 657, 690; KÜHL 2017, § 5 Rn. 44; STRATENWERTH, GÜNTER – KUHLEN, LOTHAR: *Strafrecht I*, 6. Aufl. München, 2011, § 8 Rn. 116.

³⁴ ROXIN 2006, § 12 Rn. 31.

³⁵ Grundlegend STRATENWERTH, GÜNTER: *Dolus eventualis und bewusste Fahrlässigkeit*. ZStW 71 (1959), S. 51., S. 55. ff.; WOLFF, ERNST AMADEUS: *Die Grenzen des dolus eventualis und der willentlichen Verletzung*. In: Lackner, Karl – Leferenz, Heinz – Schmidt, Eberhard (Hrsg.): FS Gallas. Berlin u.a., 1973. S. 197., S. 205.; LK-StGB/SCHROEDER, 11. Aufl. Berlin u.a., 2003. § 16 Rn. 93; STRATENWERTH – KUHLEN 2011, § 8 Rn. 118.

³⁶ BGHSt 36 I, 9; NStZ-RR 1996, 2; NStZ 2002, 314 Rn. 3; 2003, 431 Rn. 2; 603 Rn. 2; 2006, 98, 99 Rn. 2; 2011, 699, 701 Rn. 34; GERMANN, O.A.: *Vorsatzprobleme*. SchwZStr 77 (1961), S. 345., S. 376.

³⁷ FISCHER 2017, § 15 Rn. 9b; JESCHECK, HANS-HEINRICH – WEIGEND, THOMAS: *Lehrbuch des Strafrechts – Allgemeiner Teil*, 5. Aufl. Berlin u.a., 1996. § 29, S. 299.; HEINRICH, BERND: *Strafrecht Allgemeiner Teil*, 5. Aufl. Stuttgart, 2016. Rn. 300.; WESSELS, JOHANNES – BEULKE, WERNER – SATZGER, HELMUT 2016, Rn. 325.

³⁸ BGH NStZ 1999, 507, 508; GROPP 2015, § 4 Rn. 197; LK-StGB/VOGEL, 12. Aufl. 2007, Berlin u.a., § 15 Rn. 106.

³⁹ ROXIN 2006, § 12 Rn. 80 ff.; RENGIER, RUDOLF: *Strafrecht Allgemeiner Teil*, 7. Aufl. München, 2015. § 14 Rn. S. 30. f.

Der Bundesgerichtshof folgt den willentheoretischen Ansätzen:

Eventualvorsatz sei dann anzunehmen ist, wenn der Täter die Tatbestandsverwirklichung *billigend in Kauf nimmt* bzw. sich mit dem Erfolgseintritt seines unmittelbaren Zieles willens *abfindet*, (sog. *Billigungstheorie*).

Schon in der Rspr. des Reichsgerichts war die Billigung des Erfolges das entscheidende Merkmal zur Unterscheidung von *dolus eventualis* und bewusster Fahrlässigkeit. In der berühmten „Lederriemen-Entscheidung“ aus dem Jahr 1955 konturierte der 5. Strafsenat des BGH⁴⁰ aber dieses Merkmal: Billigen bedeute nicht, dass der Erfolg den Wünschen des Täters entsprechen muss. Bedingter Vorsatz kann auch dann gegeben sein, wenn dem Täter der Eintritt des Erfolges unerwünscht ist. Ein „*Billigen*“ sei also auch dann anzunehmen, wenn der Täter den Erfolg „*im Rechtssinne*“ billigt. Dagegen sei bewusste Fahrlässigkeit dann anzunehmen, wenn der Täter *ernsthaft* auf das Ausbleiben des Erfolges *vertraut* und nicht bloß vage hofft. Damit lässt der BGH also zu, dass trotz Folgenkenntnis aktualisierter Handlungsmacht der Vorsatz verneint und eine Vorsatzstrafe vermieden werden kann. Dahinter steckt die Befürchtung, dass mit der Aufgabe des voluntativen Elements im Vorsatz eine Ausuferung des Vorsatzbegriffes einher gehen würde. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Der Rechtsprechung würde ein ganz wesentlicher Filter genommen werden, womit sie die vorsätzliche Tatbegehung verneinen könnte, und dann wäre auch eine hohe Strafe nicht zu verhindern. Bisher dem Bereich der Fahrlässigkeit zuzuordnende Verhaltensweisen würden auf einmal deutlich im Bereich des Vorsatzes liegen. So handelt nach gegenwärtiger Auffassung eine Person, die bei dichtem Nebel zu schnell fährt und an einer unübersichtlichen Stelle überholt, im Vertrauen darauf, dass schon nichts passieren werde, nur fahrlässig, wenn bei diesem Überholmanöver eine andere Person verletzt oder sogar getötet wird. Wollte man hier auf das eigenständige voluntative Element verzichten, so genügt das Wissen um die Folgen des eigenen Verhaltens, um vorsätzliches Handeln bejahen zu können. Aber das ist kein Mangel der Vorsatzkonzeption, sondern der Rechtsfolgen, die an diese Art von Kenntnis, also Vorsatz geknüpft werden sollen. Denn es muss auch gefragt werden dürfen, warum eine Person, die um die Folgen des eigenen Verhaltens weiß und dieses Verhalten dennoch nicht unterlässt, sich nicht an diesen Wissen messen lassen soll. Das Wissen um die Folgen des eigenen Verhaltens sind hinreichende Bedingungen, um den Täter daran festhalten zu können. Aufgabe der Wissenschaft und der Rechtsprechung ist es dann, innerhalb eines solchen Vorsatzbegriffes Möglichkeiten einer Überstrapazierung oder einer Dekompensation des Vorsatzbegriffes auch auf Rechtsfolgen-seite zu suchen. So kommt in Betracht, bei massenhaft vorkommenden gefährlichen Handlungen, den sogenannten „Gewöhnungseffekt“ mit in die Überlegungen einzubeziehen. Denn häufig werden Situationen bspw. im Straßenverkehr als individuell nicht besonders schadensträchtig erlebt, obwohl derartige Verhaltensweisen wegen ihres massenhaften Vorkommens statistisch als schadensträchtig erfasst werden.⁴¹ Wer also

⁴⁰ BGHSt 7, 363, 369.

⁴¹ Vgl. PHILIPPS, LOTHAR: *Dolus eventualis als Problem der Entscheidung unter Risiko*. ZStW 85 (1973), 27 (42); JAKOBS, GÜNTHER: *Die subjektive Tatseite von Erfolgsdelikten bei Risikogewöhnung*. FRISCH u. a. (Hrsg.): FS Bruns. Köln u. a., 1978. 31. S. (32.)

beispielsweise mit zu geringem Sicherheitsabstand und hoher Geschwindigkeit hinter einem vorausfahrenden Fahrzeug fährt, erlebt dieses Verhalten als Vielfahrer möglicherweise nicht als besonders gefährlich. Denn die Hemmschwelle eine gefährliche Verhaltensweise auszuführen sinkt bei häufig vorkommenden Alltagshandlungen. Eine Person, die also mehrfach an unübersichtlichen Stellen und bei dichten Nebel überholt, wird sich mehr und mehr im Vertrauen darauf, dass ja auch beim letzten Mal nichts passiert ist, und man diese Situation schon im Griff habe, immer weniger zu gegenteiligen Handeln motivieren lassen, auch wenn das Wissen über die Folgen des eigenen Verhaltens durchaus präsent ist. Deshalb ist diese Art vorsätzlichen Verhaltens in Bezug zur Einstellung des Täters zum Recht auch etwas anderes als absichtliches oder direkt vorsätzliches Verhalten. Es bedarf also einer Abstufung auf Rechtsfolge-seite (vgl. unten V.).

V. Ergebnis

Kommen wir nun zurück zum Berliner Raser-Fall: Nach der hier vertretenen Ansicht ist das Wissenselement für die Frage des Vorsatzes leitend. Was wussten die Fahrer also? Sie wussten, dass sie sich im Innenstadtbereich befanden, sie kannten die gefahrene Geschwindigkeit, sie wussten, dass sie mehrere rote Ampeln ignoriert hatten, sie wussten, dass andere Verkehrsteilnehmer jeder Zeit im Vertrauen auf die Einhaltung der Verkehrsregeln den Weg kreuzen könnten und sie wussten auch, dass dabei andere Menschen sterben können, mögen sie dies aktuell auch nicht reflektiert haben. Sie haben sich trotz der Folgenkenntnis nicht zu gegenteiligem Verhalten motiviert, also das Rennen abgebrochen. Sie haben sich also bewusst und durch den weiteren Vollzug des Rennens gewollt gegen das Recht und für das Unrecht entscheiden: sie handelten also vorsätzlich. Mit der Bindung der Vorsatzkonzeption an das Vernunftstrafrecht (s.o.) gelingt es, laienhafter Amateurpsychologie zu entgehen: Vielmehr wird die Person an dem festgehalten, was man von ihr erwarten kann – das ist der große Verdienst idealistischer, an Vernunft und Freiheit orientierter Straftheorien. Und was man von ihr erwarten kann, wird nach dem Stand des Wissens bemessen. Es bleibt also dabei, wie *Krauss* es schon 1978 formuliert hat: Die Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit ist „nicht vorab ein Problem psychologischer Durchdringung eines psychischen Sachverhalts, sondern ein Problem normativer Typenbildung im Hinblick auf soziale Fehlleistungen.“⁴²

Im Berliner Raser-Fall werden sich die Fahrer also auch an dem festhalten lassen müssen, was sie gewusst haben. Diese Tatsachen liegen auf dem Tisch. Eine Erklärung dafür, warum sie sich dann nicht zu gegenteiligem Verhalten motiviert, also bei Folgenkenntnis aktualisierter Handlungsmacht das Rennen nicht abgebrochen haben, wird schwer fallen.

Nach der vielfach vertretenen Billigungstheorie, die auch der BGH in dem Fall anwenden wird, kommt es darauf an, ob die Fahrer den Tod des Opfers gebilligt, ob sie sich damit abgefunden oder ob sie darauf vertraut hatten, dass der als möglich vorhergesehene Erfolg nicht eintreten werde.

⁴² KRAUSS, DETLEF: *Der psychologische Gehalt subjektiver Elemente im Strafrecht*. FRISCH u. a. (Hrsg.): FS Bruns. Köln u. a., 1978. S. 11. (26. f.)

Da der Täter den Erfolg auch billigen kann, wenn der Erfolg unerwünscht ist, kommt es nach dieser Formel darauf an, ob der Täter um des erstrebten Zieles Willen, notfalls, weil er sein Ziel nicht anders erreichen kann, sich auch damit abfindet, dass seine Handlung den an sich unerwünschten Erfolg herbeiführt, und ihn damit für den Fall seines Eintritts will.

Im Lederriemen Fall hatten die Täter das Ziel, dem Opfer gewaltsam Sachen wegzunehmen, ohne es töten zu wollen. Als dieser Plan nicht aufging, verstärkten sie die Gewaltanwendung und würgten das Opfer mit einem Lederriemen derart, dass es erstickte, wobei die Täter davon ausgingen, das Opfer sei nur bewusstlos. Der 5. Strafsenat konnte hier Vorsatz deshalb annehmen, weil die Täter unter allen Umständen ihr (außerhalb des Tatbestandes eines Tötungsdelikts angestrebtes) Ziel (die Wegnahme der Gegenstände) erreichen wollten und sie dabei wissentlich Mittel einsetzten, die zum Tod des Opfers führen konnten und geführt haben. Im Berliner Raser-Fall war das außertatbestandliche Ziel der Täter das Rennen zu gewinnen. Konnte dieses Ziel auch unter Billigung des Todes des Jeep-Fahrers erreicht werden? Die Antwort lautet: nein. Denn jeder Unfall verhindert gerade den Sieg. Im Ergebnis müsste der BGH also den Vorsatz ablehnen. Der Tod konnte im Rechtssinne nicht gebilligt worden sein, weil er gerade den Sieg verhindert. Beim Raser-Fall zeigt sich nun endlich auch die Schwäche der vom BGH vertretenen Ansicht: Die sog. Billigungstheorie versagt in den Fällen, in denen sich der angestrebte (auch außertatbestandliche) Erfolg und der für möglich gehaltene (tatbestandliche) Erfolg ausschließen.

Am Schluss bleibt die Einsicht, dass, die Unterscheidung von Vorsatz und Fahrlässigkeit anhand des voluntativen Elements des *dolus eventualis* in eine fast unbegrenzte Manipulierbarkeit und Rechtsunsicherheit führt, so *Puppe*.⁴³ Um das zu ändern müsste die „majestätische Gleichgültigkeit“ unseres Strafgesetzbuches gegenüber den unterschiedlichen Vorsatzformen aufgehoben werden.⁴⁴ Das bedeutet nichts anderes, als ein neues Gesetz zu schaffen, das die Strafraumen nach der Form des Vorsatzes unterscheidet.⁴⁵

⁴³ NK-StGB/PUPPE, 5. Aufl., Baden-Baden, 2017. § 15 Rn. 35 f.; vgl. auch HERZBERG, ROLF: *Der Vorsatz als „Schuldform“, als „aliud“ zur Fahrlässigkeit und als „Wissen und Wollen“?* In: Canaris, Claus-Wilhelm – Heldrich, Andreas – Hopt, Klaus J. (Hrsg.): BGH-FG 2000, Bd. IV. München, 2000. 51. S., 75. f.; GEPPERT, KLAUS: *Zur Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit, insbesondere bei Tötungsdelikten*. Jura 2001, 55, 59.

⁴⁴ WALTER, TONIO: *Der Kern des Strafrechts*. Tübingen, 2006. zugl.: Habil-Schr., Univ., Freiburg, 2004. S. 180.; vgl. WEIGEND, THOMAS: *Zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit*. ZStW 93 (1981), S. 657.; kritisch ROXIN 2006, § 12 Rn. 68.

⁴⁵ Wie eine solche Konzeption aussehen könnte, hat WALTER 2006, S. 193. ff. sowie S. 443. aufgezeigt.